



Freie und Hansestadt Hamburg

Volksentscheid „Mehr Bürgerrechte – Ein neues Wahlrecht für Hamburg“ am 13. Juni 2004

Stellungnahme der Initiatoren

**Für die Stellungnahme der Bürgerschaft
bitte das Heft umdrehen.**

Weitere Informationen erteilen:

- zur Stellungnahme der Initiatoren:

Infobüro: „Mehr Bürgerrechte - Ein neues Wahlrecht für Hamburg“,
Mittelweg 11-12, 20148 Hamburg, Telefon: 040/41 42 98 51, Fax: 040/41 42 98 52,
E-mail: info@fares-wahlrecht.de, Internet: www.faires-wahlrecht.de

- zur Stellungnahme der Bürgerschaft:

Bürgerschaftskanzlei, Pressereferat, Rathaus, 20095 Hamburg,
Telefon: 040/4 28 31 – 24 06/-24 08/-24 09/-24 89, Fax: 040/4 28 31 – 25 58,
E-mail: oeffentlichkeitsservice@bk.hamburg.de,
Internet: www.hamburgische-buergerschaft.de

Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid

Nach Artikel 50 der Hamburger Verfassung kann das Volk auch direkt an der Gesetzgebung der Bürgerschaft mitwirken oder eine Befassung der Bürgerschaft mit bestimmten Gegenständen der politischen Willensbildung beantragen.

Das geschieht in drei Schritten: Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid.

Wenn dieses Volksabstimmungsverfahren erfolgreich abgeschlossen werden soll, muss das Anliegen der Initiatoren bei allen drei Schritten von den zur Bürgerschaft Wahlberechtigten jeweils in einem bestimmten Umfang Unterstützung finden.

Zustande gekommen ist

- eine Volksinitiative, wenn sie von 10.000 Wahlberechtigten,
- ein Volksbegehren, wenn es von einem Zwanzigstel der Wahlberechtigten (ca. 60.000 Personen) und
- ein Volksentscheid, wenn er von der Mehrheit der gültigen Stimmen und gleichzeitig von einem Fünftel der Wahlberechtigten (ca. 240.000 Personen)

unterstützt wurde.

Die Bürgerschaft kann jeweils nach einem erfolgreich abgeschlossenen Schritt prüfen, ob sie das Anliegen der Initiatoren übernimmt. Falls ja, entfallen die weiteren Schritte dieser Volksabstimmung. Falls nein, können die Initiatoren prüfen, ob sie die Durchführung des nächsten Schritts beantragen. Bei Durchführung eines Volksentscheids über das Anliegen der Initiatoren kann die Bürgerschaft zusätzlich einen Alternativentwurf zur Abstimmung stellen.

Die inhaltliche Auseinandersetzung über das Anliegen der Volksabstimmung liegt zwischen der Bürgerschaft und den Initiatoren. Daher enthält dieses Informationsheft jeweils eine Stellungnahme der Bürgerschaft und der Initiatoren zu dem Volksentscheid.

Der Senat und der Landesabstimmungsleiter haben nur die Aufgabe, die rechtmäßige Durchführung der Volksabstimmung sicherzustellen.

Ein erfolgreicher Volksentscheid hat die Wirkung eines Beschlusses der Bürgerschaft, und zwar je nach Anliegen entweder über ein Gesetz oder über einen Gegenstand der politischen Willensbildung wie z. B. ein Ersuchen an den Senat.

Herausgeber:

Freie und Hansestadt Hamburg
Der Landesabstimmungsleiter

zu beziehen bei:

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Inneres
Geschäftsstelle des Landeswahlleiters
Johanniswall 4, 20095 Hamburg

Mehr Bürgerrechte - Ein neues Wahlrecht für Hamburg



“Ich will Menschen wählen
und nicht nur Parteien.”
Nataly Meenen aus Altona

Entscheiden Sie sich für mehr Einfluss auf die Politik unserer Stadt:

Volksentscheid am 13. Juni

Sagen Sie Ja zum Gesetzentwurf des Volksbegehrens!
Sagen Sie Nein zum Parteienentwurf der Bürgerschaft!

So sieht der Stimmzettel
zum Volksentscheid aus:

Stimmzettel zum Volksentscheid - Änderung des Hamburger Wahlrechts -

Sie haben für jeden Gesetzentwurf eine Stimme.

Gesetzentwurf des Volksbegehrens:
Stimmen Sie dem Gesetzentwurf des
Volksbegehrens „Mehr Bürgerrechte –
Ein neues Wahlrecht für Hamburg“ zu ?



Ja



Nein

Gesetzentwurf der Bürgerschaft:
Stimmen Sie dem Gesetzentwurf der
Bürgerschaft “Bürgernahe Demokratie -
50 Wahlkreise für Hamburg“ zu ?



Ja



Nein



Demokratie braucht ein faires Wahlrecht!

Hamburg braucht ein faires Wahlrecht!

Zum ersten Mal in Deutschland fordern Bürgerinnen und Bürger per Volksabstimmung ein demokratischeres Wahlrecht ein. Nach unserem erfolgreichen Volksbegehren, bei dem wir im vergangenen Herbst 81.000 Unterschriften für ein faires Wahlrecht gesammelt haben, kommt jetzt die letzte Hürde: Beim Volksentscheid am 13. Juni stimmen wir alle darüber ab, nach welchen Regeln unsere Hamburger Demokratie in Zukunft funktionieren soll!

Für uns, die Initiative „Mehr Bürgerrechte – Ein neues Wahlrecht für Hamburg“, ist ganz klar: **Wir wollen, dass die Hamburgerinnen und Hamburger in Zukunft selbst bestimmen können, wer Abgeordneter werden soll. Denn nur so kommen wir zu einer Politik, die sich wirklich an uns, den Menschen dieser Stadt orientiert.**

Für unseren Gesetzentwurf haben wir die besten Erfahrungen mit den Systemen anderer (Bundes-) Länder zusammengetragen. Wir haben über drei Jahre diskutiert, geprüft, nochmals geprüft und immer wieder Expertenrat befragt. Herausgekommen ist ein Wahlrecht, das die Interessen der Wählerinnen und Wähler (und nicht die der Parteien!) in den Mittelpunkt stellt.

Damit Hamburg das beste Wahlrecht in Deutschland bekommt, brauchen wir am 13. Juni mindestens 240.000 Ja-Stimmen – Ihre Stimmen!

Die Parteien haben in den letzten Jahren viel Vertrauen verspielt. Deshalb ist es wichtiger denn je, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr Einfluss bekommen.

Wir wollen die Parteien nicht abschaffen, sondern sie zu mehr Bürgernähe zwingen. Sie sollen, wie das im Grundgesetz formuliert ist, an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken - aber sie dem Volk nicht aus der Hand nehmen.

Höchste Zeit für Strukturen, die der Bevormundung ein Ende machen!



Das soll sich ändern - die wichtigsten Punkte:

Mehr Auswahl beim Wählen

Jede(r) Wahlberechtigte soll zweimal fünf Stimmen haben: Fünf Kreuze für die Kandidatinnen und Kandidaten des Wahlkreises und noch einmal fünf für die auf der Landesliste. Diese Stimmen können auch über Parteigrenzen hinweg verteilt (panaschiert) oder auf einzelne Bewerberinnen und Bewerber gehäufelt (kumuliert) werden. So können wir viel punktgenauer bestimmen, wer uns im Parlament vertreten soll. Zu kompliziert? Bis fünf zählen kann doch jeder!

Direktwahl für alle

Alle 121 Abgeordneten der Bürgerschaft werden direkt gewählt, davon 71 über 17 Mehrmandatswahlkreise und 50 über die Landesliste, deren Reihenfolge die Wählerinnen und Wähler verändern können. Das führt zu einem gesunden politischen Wettbewerb zwischen Kandidatinnen und Kandidaten, die die Probleme der Menschen vor Ort kennen und ernst nehmen müssen.

Prominente Mahner

„Funktionärsklüngel und Delegiertenklüngel müssen in ihrer Macht beschnitten werden...

Das gegenwärtige Wahlrecht, bei dem eine kleine Schicht von Leuten, ergänzt um ein paar wenige andere Funktionäre, die Listenplätze untereinander selbst auskungelt und niemand sonst Einfluss darauf hat, das ist die schlimmste von allen Möglichkeiten.“

Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt
(1993)

„Verhalten und Einfluss der Parteien auf den Staat haben den Ruf begründet, dass sie sich den Staat zur Beute gemacht haben.“

Alt-Bundespräsident Richard von
Weizsäcker (1992)



Warum unser faires Wahlrecht besser ist:

Schluss mit der anonymen Listenwahl!

Eine Stimme für eine Partei – so ist das bisher. Aber wer mit dem Spitzenpersonal „seiner“ Partei unzufrieden ist, hat heute nur die Möglichkeiten: überhaupt nicht wählen, eine Protestpartei wählen – oder mit Bauchschmerzen doch „seiner“ Partei ankreuzen, die diese Stimme dann als Zustimmung zu ihrer Politik interpretiert. Unsere Lösung: **Wer will, kann die Personen auswählen, die er für die Besten hält - und „seiner“ Partei trotzdem treu bleiben.**

So können gute Leute von einem schlechten Listenplatz nach vorn gewählt werden.

Endlich echte Bürgernähe!

Die innerparteiliche Hackordnung bestimmt bisher schon Monate vor der Wahl, wer auf einem sicheren Listenplatz in die Bürgerschaft kommt. Nach dem Entwurf von CDU und SPD soll das so bleiben.

Mit unserem Wahlrecht wird die Macht der Partiefürsten begrenzt.

Kein Listenplatz wird absolut sicher sein.

Das zwingt Politiker zur Bürgernähe, sonst werden sie einfach nicht gewählt.

Mehr Frauen ins Parlament!

Wir kennen das von Bundestagswahlen: Wenn die Partei im Wahlkreis nur einen männlichen Direktkandidaten ins Rennen schickt, haben Menschen, die mit ihrer Stimme den Frauenanteil im Parlament erhöhen wollen, ein Problem. So gern sie es täten – sie können nicht!

Genau dieses Prinzip aber wollen CDU und SPD in Hamburg einführen. Ein modernes Wahlrecht muss für Chancengleichheit von männlichen und weiblichen Bewerbern sorgen.

Mit unserem Wahlrecht können Kandidatinnen, die von ihrer Partei schlecht platziert wurden, nach vorne gewählt werden.



Keine politischen Erbhöfe mehr!

CDU und SPD wollen nur einen Direktkandidaten pro Wahlkreis und eine starre Landesliste. Das entspricht dem Muster der Bundestagswahlen und hat die gleichen ärgerlichen Folgen: Kandidaten werden über die Landesliste abgesichert und kommen selbst dann ins Parlament, wenn sie im Wahlkreis eine vernichtende Niederlage hinnehmen mussten. So entstehen politische Erbhöfe für Leute, die zwar in ihrer Partei wohlgeglitten sind, beim Wahlvolk aber nicht so gut „ankommen“.

Unser Wahlrecht macht Schluss mit der Unkündbarkeit von Abgeordneten.

Etikettenschwindel

CDU und SPD versprechen „bürger-nahe Demokratie“ mit 50 Wahlkreisen, mit nur einem Kandidaten pro Partei. Das ist Etikettenschwindel. Wer nach diesem Parteienentwurf über die Landesliste abgesichert ist, muss sich nicht mehr ums Wahlvolk kümmern.

Die von uns vorgeschlagenen 17 Wahlkreise, in denen jede Partei mehrere Bewerber und Bewerberinnen ins Rennen schicken muss, erlauben echte Auswahl.

Für unabhängigere Politiker!

Von der bisherigen Praxis profitieren vor allem die Parteispitzen. Sie können sich Fraktionen nach eigenem Gusto zusammenstellen.

Mit unserem Wahlrecht werden Abgeordnete unabhängiger und können sich intensiver um ihre politische Arbeit vor Ort kümmern.

Heimat in der Großstadt

Von den 50 Wahlkreisen, die CDU und SPD wollen, durchschneiden 33 völlig willkürlich die betreffenden Stadtteile.

Das ist nicht gut für Hamburg.

Unser Wahlrecht hält sich an gewachsene Strukturen.

Viele Menschen fühlen sich ihrem Stadtteil heimatlich verbunden. Und sie wollen, dass das auch in der Politik zum Ausdruck kommt.

Schutz vor Datenmissbrauch

Parteien sollen ohne Erlaubnis der Betroffenen keinen Zugriff auf das Melderegister mehr haben. Dann ist auch Schluss mit unerwünschter Wahlwerbung.



Liebe Hamburgerinnen und Hamburger!

Man muss immer wieder darauf hinweisen: **Wir, die Bürgerinnen und Bürger, sind das Volk.** Nicht die Parteien, in denen auch in Hamburg gerade mal zwei Prozent der Wahlberechtigten Mitglied sind. Wir, die große Mehrheit der Bevölkerung, müssen ausbaden, was Politiker beschließen. Da ist es nur gerecht, wenn wir Bürgerinnen und Bürger endlich mehr Einfluss auf die Politik nehmen. Dazu brauchen wir ein faires Wahlrecht, mit dem wir Personen auswählen können und nicht bloß Parteien.

Mehr Auswahl gilt auf allen – auch komplizierten - Gebieten als wünschenswert. Warum nicht auch in der Politik? **Wir dürfen Politik nicht mehr nur den Kungelrunden der Parteien überlassen.** Die Hamburger sind doch nicht weniger entscheidungsfähig als die Menschen in anderen Bundesländern, die längst ein Mehr an Demokratie haben!

Die Spitzenleute der großen Parteien möchten am liebsten allein bestimmen, wer Abgeordneter wird. In Hamburg konnten sie das jahrzehntelang so halten. Monate vor jeder Bürgerschaftswahl standen daher über 80 Prozent der Abgeordneten schon fest.

CDU und SPD, die sich sonst erbittert bekämpfen, treten jetzt gemeinsam gegen uns an. Sie schlagen ein Reförmchen vor. Wie bei Bundestagswahlen soll es in Zukunft „rote“ oder „schwarze“ Wahlkreise mit jeweils einem Platzhirsch geben, Wackelkandidaten werden über die Landesliste abgesichert. Damit könnte auch in Zukunft eine Handvoll Strippenzieher darüber befinden, wer in Hamburg Politik macht.

Die Parteien wissen, dass unser Gesetzentwurf besser, weil bürgernäher ist. Aber sie sagen, unser Wahlrecht sei zu kompliziert, der Stimmzettel zu groß und die Wahlkreise auch. Liebe Hamburgerinnen und Hamburger – **lassen Sie sich nicht irre machen!** Sie haben am 13. Juni die einmalige Chance, sich für ein Wahlrecht zu entscheiden, das Ihnen und uns allen mehr Einfluss gibt.

**Sagen Sie Ja zu dem Vorschlag von
„Mehr Bürgerrechte – Ein neues Wahlrecht für Hamburg!“**



Die häufigsten Fragen zum fairen Wahlrecht

Fünf Stimmen pro Wahlzettel - ist das nicht zu kompliziert?

Nein. Bei Kommunalwahlen z.B. in Niedersachsen kann man mit drei Stimmen kumulieren und panaschieren. Das klappt prima. Wir schlagen fünf Kreuze pro Wahlzettel vor, weil damit der Wählerwille noch genauer ausgedrückt werden kann. Bis fünf zählen kann jeder! In München hat man 80 und in Frankfurt sogar 93 Stimmen. Selbst dort gibt es kaum Probleme.

Wie groß wird der Stimmzettel?

Er wird zwar größer, aber wo ist das Problem? Dafür haben wir mehr Auswahl. Auf dem Stimmzettel stehen neben Namen auch Beruf und Alter der Kandidaten. Es liegt dann an uns allen, wie viele Frauen, Beamte, Handwerker, Selbstständige, Alte, Junge usw. im Parlament sind.

Sind nicht Programme wichtiger als Personen?

Ob und wie Wahlprogramme umgesetzt werden, hängt von Personen ab. Deshalb müssen wir die Menschen auswählen können, denen wir vertrauen.

Wie kann ich sinnvoll wählen, wenn ich die Kandidaten gar nicht kenne?

Wer heute Abgeordneter werden will, muss nur innerhalb seiner Partei eine gute Figur machen. Sein Name steht – mit Ausnahme der vier Spitzenkandidaten jeder Partei – nicht einmal auf dem Stimmzettel. Nach unserem Modell müssen Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort um Stimmen werben. Man wird sie also kennen.

Können auch Parteilose gewählt werden?

Ja. Wenn im Wahlkreis mehrere Kandidaten direkt gewählt werden, haben auch unabhängige Persönlichkeiten realistische Chancen.

Was wird aus den Bezirksversammlungen?

Unser Wahlrecht soll auch für die Bezirksversammlungen gelten, egal, was die angekündigte Verwaltungsreform bringt. Sie sollen allerdings alle fünf Jahre gemeinsam mit dem Europaparlament neu gewählt werden. Durch die Trennung von den Bürgerschaftswahlen wird ihre Eigenständigkeit gestärkt.

Wem nützt das neue Wahlrecht?

Uns allen. Wenn wir auswählen können, wer uns im Parlament vertreten soll, müssen Menschen mit guten Ideen und Konzepten nicht mehr an der innerparteilichen Hackordnung scheitern. Das tut auch den Parteien gut.

Was passiert, wenn keiner der beiden Gesetzentwürfe die nötige Mehrheit bekommt?

Dann bleibt alles beim Alten. Dann werden uns auch in Zukunft Abgeordnete vorgesetzt, die Parteigremien ausgekungelt haben.



Direkt gewählt – was heißt das?

Von Direktwahl spricht man, wenn sich die Wählerin/der Wähler direkt für eine Person entscheiden kann. Bei Bundestagswahlen werden die Wahlkreisabgeordneten direkt gewählt (mit der sog. Erststimme). Wer die meisten Stimmen im Wahlkreis erzielt, bekommt einen Sitz im Bundestag.

Bei Bürgerschaftswahlen in Hamburg gibt es bisher keine Direktwahl. Die Parteien entscheiden allein, wer über ihre Liste ins Parlament einzieht. Bei der Bundestagswahl wird die Hälfte der Abgeordneten so gewählt (mit der sog. Zweitstimme). CDU und SPD wollen nun, dass von den 121 Abgeordneten der Bürgerschaft 50 direkt über 50 Wahlkreise gewählt werden. 71, also die Mehrheit, sollen über die Landeslisten und damit nicht direkt gewählt werden. So wollen die Parteispitzen ihre Vormachtstellung sichern.

Nach unserem Modell werden alle 121 Abgeordneten direkt vom Volk gewählt, sowohl die 71, die aus insgesamt 17 Wahlkreisen gewählt werden, als auch die 50, die über die Landeslisten ins Parlament kommen. Wählerin und Wähler können sich also im Wahlkreis und auf der Landesliste direkt aussuchen, wer ihre Interessen am besten vertritt.

Das ist ein Qualitätssprung bei der Direktwahl. Damit bekommen wir Abgeordnete, für die Bürgernähe nicht nur eine Sprechblase ist – wenn sie wieder gewählt werden wollen.

V.i.S.d.P.:

Dr. Manfred Brandt, Angelika Gardiner, Michael Melcher
Mehr Bürgerrechte e.V., Mittelweg 11-12, 20148 Hamburg

Gestaltung: www.GAndernach.de

Den Wortlaut unseres Gesetzentwurfs und weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.faires-wahlrecht.de. Oder rufen Sie uns an unter 41 42 98 51.

Als Bürgerinitiative sind wir dankbar für jede Unterstützung, sei es durch Mitarbeit oder Spenden! (Konto: Haspa 1042/135572 (BLZ 20050550) Stichwort „Wahlrecht“)

Hinweis: Wir haben nach Möglichkeit die Formulierungen für beide Geschlechter angeführt. Aus Gründen des Platzmangels und/oder der Leserlichkeit ist das nicht immer gelungen. Wir bitten um Verständnis!



Sonst noch Fragen...

Wer steckt hinter der Initiative?

Wir sind eine überparteiliche Bürgerinitiative, die eng mit Mehr Demokratie e.V. zusammenarbeitet. Uns geht es darum, in Hamburg gesunde demokratische Strukturen zu schaffen. Dabei unterstützen uns viele Menschen und Initiativen in allen Stadtteilen und Bevölkerungsgruppen.

In den Medien entstand manchmal der Eindruck, es handle sich um eine grüne Initiative...

Das ist falsch. Wir freuen uns natürlich über die öffentliche Unterstützung der GAL, aber wir sind strikt überparteilich. Auch in der FDP gab es einen offiziellen Beschluss des Landesparteitags, uns zu unterstützen. Und selbst in CDU und SPD gibt es an der Basis viele Mitglieder, die für unser Wahlrecht sind.

Warum entwirft eine Bürgerinitiative ein neues Wahlrecht?

Hamburgs Parteipolitiker wissen seit langem, dass eine Reform überfällig ist. Aber sie haben nichts gemacht, obwohl zwei unabhängige Kommissionen der Bürgerschaft dies schon vor Jahren dringend gefordert hatten. Und ohne den Druck unseres erfolgreichen Volksbegehrens hätten die CDU und SPD nicht einmal ihren Mini-Entwurf vorgelegt.

Wie finanziert sich der Volksentscheid?

Durch private Spenden und ehrenamtliche Arbeit. Wir haben zum Beispiel im Internet unter www.faires-wahlrecht.de eine 10.000 x 10 Euro-Kampagne angeschoben, bei der man auch online spenden kann. Einige von uns haben Kredite aufgenommen, für die sie privat bürgen. Ohne die vielen Freiwilligen, die Plakate kleben, an Infoständen mitarbeiten und viele andere Aufgaben übernehmen, würde gar nichts gehen. Im Gegensatz zu großen Verbänden oder Parteien können wir keine Hauptamtlichen einsetzen.





Demokratie hat mit Auswahl zu tun. Deshalb Ja zum Vorschlag von Mehr Bürgerrechte!

Julia Melcher, Orchesterdisponentin aus Eimsbüttel

Ich will bürgernahe Politiker wählen – nicht Partei-Soldaten abknicken!

Uwe Harries, Kaufmann aus Bergedorf



Erst wenn wir selbst auswählen können, wer uns im Parlament vertritt, werden uns auch die Parteien wieder ernst nehmen.

Anke Brauckmann, Sonderschullehrerin aus Eppendorf

Wir brauchen Politiker, die vom Volk ausgesucht werden und nicht nur von den Parteien!

Klaudia Harders, Chemielaborantin aus Groß-Flottbek



Ich möchte gezielt Frauen wählen können, die für Frauen und Minderheiten eintreten – und nicht die Männer, die die Parteien an die Spitze ihrer Liste setzen.

Dr. Ursula Neumann, Prof. an der Universität Hamburg und ehem. Ausländerbeauftragte des Senats



Die Parteien haben versagt. Wir müssen selbst handeln - Ja zum Vorschlag von Mehr Bürgerrechte!

Fritz Drichelt, Rentner aus Wilhelmsburg

Wir wollen gewachsene Hamburger Wahlkreise, keine Partei-Landschaften!

Patrick Kleefeld, Speditionskaufmann aus Duvenstedt



Der Vorschlag der Initiative würde Hamburg das beste Wahlrecht in Deutschland geben - vom Schlusslicht an die Spitze!

Dr. Hermann Granzow, ehem. Präsident des hamburgischen Rechnungshofs



Der Vorschlag des Volksbegehrens würde unklare und verkrustete Strukturen in unserer Demokratie abbauen.

Maria Jepsen, Bischöfin für Hamburg



Die Parteien haben noch nicht begriffen, dass sie eine personelle Auswahl ermöglichen müssen und nicht nur die Bestätigung ihrer Kandidaten erwarten können.

Prof. Dr. Hans Peter Bull, Prof. für Öffentliches Recht an der Uni Hamburg, ehemaliger Bundes Datenschutzbeauftragter und Landesinnenminister

Die Politiker trauen uns nicht zu, fünf Kreuzchen zu verteilen? Das können sogar unsere Schulkinder – die Bayern können es doch auch!

Herbert Neumann, Grundschulleiter in Eimsbüttel

Der Gesetzentwurf der Bürgerinitiative ist wirklich demokratisch. Die Wähler haben eine echte Auswahl zwischen mehreren Kandidaten mehrerer Parteien. Das ist doch schließlich der Sinn einer Wahl. Und des wegen bin ich dafür.

Dr. Jürgen Mackensen, Rentner aus Nienstedten

